

BETRIFFT FRIEDEN Nr. 4 / 2019

FRIEDENSPOLITISCHER KOMMENTAR ZUM „NEUTRALITÄTSGEDENKEN“

von Erwin Lanc

Das österreichische Neutralitätsgesetz ist wohl das kürzeste und prägnanteste unserer Verfassungsgesetzgebung. Unsere Neutralität fußt auf Unabhängigkeit, ist dauernd, verlangt Unverletzlichkeit des Staatsgebietes, ist immerwährend aufrecht zu erhalten und ist zu verteidigen.

Nach dem Zusammenbruch des sogenannten Ostblocks Ende der 1980-iger Jahre hat sich die USA als Helfer der nuklearen Abrüstung in den entsprechenden Teilen der ehemaligen Sowjetunion beteiligt, selbst aber eine Horch- und Verteidigungskette von Constanza bis Island aufgebaut. Die eingerichtete NATO-Russland-Kommission starb bald nach der Geburt, diente bald als Rechtfertigung russischer Wiederaufrüstung, zu Putins Vorgriff auf Trump: „make Russia great again.“ Getrieben von den Erdölgiganten der USA stürzte George W. Bush sein Land in den Irakkrieg. Obwohl sein Vater nach der erfolgreichen Hilfsaktion für Kuwait aus dem Irak wieder abgezogen war, ja Saddam Hussein zum Krieg gegen den Iran ermunterte.

Am Beispiel Kuwaits haben die Golfstaaten gesehen, was sie an den USA haben und was nicht. Die einzige Gefährdung der „Ölwasserstrasse“ aus dem arabisch/persischen Golf sicherte ihnen nun Saddams Irakkrieg.

Seit Obama, der als Hauptaufgabe die Sicherung der Stellung der USA im Pazifik und in Südostasien sah, machte die USA im Nahen Osten eine Politik des „wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass“,

verbunden mit horrenden Einnahmen seiner Rüstungsindustrie und Militärstützpunkten am Golf, ohne Vorsorge gegen das Eingreifen des traditionellen syrischen Vormunds Russland, der dort einen Flottenstützpunkt betreibt, was ja die USA glaubt nicht zu brauchen, denn sie hat ja Israel.

Vor diesem Hintergrund fanden kürzlich die ersten „Wiener Sicherheits- und Friedensgespräche“ des International Institute for Peace Vienna (IIP) statt. Danach bedingt die jüngere Geschichte Europas nach 1990 unterschiedliche Zugänge der EU-Mitgliedsstaaten zur Frage der militärischen Bedrohung. Die gemeinsame Zugehörigkeit zur NATO kann diese Unterschiede im Bedrohungsgefühl nicht verdecken. Die jüngste Aufkündigung des INF-Vertrages durch die Russische Föderation betreffend Verbot von landgestützten Raketen und Marschflugkörpern, die Atomsprengköpfe 500 bis 5.500 km weit tragen können, gießt Öl ins Feuer. Was die NATO im Baltikum, in Polen, Ungarn und Rumänien tatsächlich vorhat, weiß ich nicht. Angeblich nur Abwehrraketen. Jedenfalls geht es beidseitig um Aufrüstung und nicht Abrüstung.

Wesentliche Empfehlungen bei vorerwählter IIP-Tagung: Diskussion über eine gemeinsame europäische Sicherheit zwischen EU, Ostpartnerschaftsländern und Russland ohne Rücksicht auf die großen Auffassungsunterschiede, wie eine europäische Sicherheit ausschauen sollte: Es besteht derzeit kein Aufrüstungsbedarf für die EU. Die EU braucht eine gemeinsame Chinapolitik: China ist

IN DIESER AUSGABE

Klimakiller Militär

>>>Seite 3

Teststopp (CTBTO)

>>>Seite 5

betrifft Frieden stellt vor
**Jungk Zukunftsbibliothek
Salzburg**

>>>Seite 8

gleichzeitig Partner, Verbündeter und Rivale. Es kann keine Beschränkung der Kritik an Menschenrechtsverletzungen geben.

Österreich begeht dieser Tage den 64. Jahrestag des Beschlusses seines Neutralitätsgesetzes. Die Ahnen der FPÖ haben dagegen gestimmt, 60 der damaligen UN-Mitgliedsstaaten haben sie zur Kenntnis genommen. Das ist „Völkerrechtskapital“. Die Österreichische Neutralität ist nicht nur kein Hindernis sondern ein Vorteil im Ringen um Völkerverständigung

und Frieden. Wir brauchen keine Europaarmee sondern ein Friedenskorps.

Erwin Lanc war Abgeordneter zum Österreichische Nationalrat (SPÖ) sowie Bundesminister für Verkehr (1973-1977), für Inneres (1977-1983) und für Auswärtige Angelegenheiten (1983/84). Erwin Lanc ist Ehrenpräsident des Internationalen Instituts für den Frieden in Wien (IIP).

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser!

Die deutsche Syrienexpertin **Karin Leukefeld** berichtete über erhebliche Zweifel am Bericht der Chemiewaffenbehörde OPCW zum **C-Waffen-Einsatz** in Douma (Syrien) am 7. April 2018. Eine anonyme „Quelle“ aus dem Untersuchungsteam eröffnete einem Expertengremium und der „Courage Stiftung“ (für Whistleblower), dass der Untersuchungsbericht nicht von den eingesetzten Teams der OPCW verfasst werden durfte. Der offizielle Bericht soll von den Analysen der Teams abweichen und ein von höherer Stelle erwünschtes Ergebnis zeigen. Beobachtungen der Teams über Opfer und Augenzeugen wurden nicht gewürdigt. Anzumerken ist, dass die Untersuchungen vor Ort erst Tage später beginnen konnten. Sollten die Vorwürfe stimmen, wäre die Glaubwürdigkeit der OPCW in Frage zu stellen. (Quelle: www.nachdenkseiten.de)

Kürzlich konstituierte sich eine neue Friedensgruppe in Wien: **AbFaNG – Aktionsbündnis für Frieden, aktive Neutralität und Gewaltfreiheit** – Friedensarbeit statt Militarisierung. Als Friedensnetzwerk möchte die Gruppe künftig auch als Verein auftreten. Aus den Lehren von Hiroshima und Nagasaki fordert die Gruppe ein Atomwaffenverbot, keine Militarisierung der EU und des Weltraums, aktive Neutralitätspolitik und Friedensarbeit auf allen Ebenen, soziale Gerechtigkeit und internationale Solidarität. Damit verbunden ist auch die Förderung der aktuellen Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen. Kontakt: contact@abfang.org, Homepage: www.abfang.org

In der Rubrik „betrifft frieden stellt vor“ informiert diesmal die **Robert Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen** in Salzburg über ihre Arbeit.

Manfred Sauer, Chefredakteur

ZUM JAHRESWECHSEL

Liebe Abonentinnen und Abonenten von **betrifft frieden** und liebe Mitglieder des Österreichischen Friedensrates!

Wieder neigt sich ein Jahr dem Ende zu, das trotz Hoffnungen von Kriegen, Gewalt, Ungerechtigkeit und Aufrüstung gekennzeichnet war. Trotzdem liegt es in unserer Verantwortung uns für eine friedlichere, gerechtere und sozialere Welt einzusetzen. **betrifft frieden** möchte mit Information und Dokumentation einen kleinen Beitrag dazu leisten. Wir danken allen, die uns dabei begleitet und finanziell unterstützt haben. Wir wünschen unserer Leserschaft einen friedlichen Jahreswechsel und alles Gute für das kommende Jahr 2020. Wir hoffen, dass 2020 mehr von der Vision einer friedlicheren und gerechteren Welt mit weniger Waffen erreicht werden kann.

Für die Redaktion von **betrifft frieden**
Manfred Sauer

BV: BKAUATWW ÖFR Kennwort Zeitung
IBAN AT15 1100 0002 6371 8900

KLIMAKILLER MILITÄR

von Ulrike Koushan

In der aktuellen Klimadebatte ist die Umweltzerstörung durch das Militär unterbelichtet. Die Zeitschrift "militär AKTUELL, Das Neue Österreichische Militärmagazin" 3/19 thematisiert den Klimawandel als Kriegsgrund und die dazu nötigen Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung. Naturgemäß erfolgt kein Hinweis auf selbst erzeugte Umweltschäden. Zitat: „Sorgen steigende Temperaturen und Ressourcenknappheit für neue Spannungen? Die Sicherheitsstrategien in London, Washington und Moskau sehen im Klimawandel längst eine Bedrohung für die globale Sicherheit.“ (Anm.: Das Militär zur Abwehr von Klimaflüchtlingen?). Die entsprechende Auseinandersetzung würde auf die Kritisierung des Systems Militär und seine vorgeblichen Problemlösungen hinauslaufen. Gleichzeitig wäre damit eine Darstellung von bereits existierenden alternativen zivilen Konfliktlösungen notwendig. In Diskussionen wird diese Auseinandersetzung peinlich vermieden. Hier sollen einige wichtige Aspekte der Umweltzerstörung durch das Militär kurz beleuchtet werden.

Zerstörung von Umwelt und Klima auch ohne Krieg. Während die Politik gefordert ist, den Umstieg von privaten PKWs auf öffentliche Verkehrsmittel attraktiv durchzusetzen und den Straßen- und Autobahnbau zu minimieren, wird von der EU die Fähigkeit der Verkehrswege für den Transport von Truppen und schweren Waffen in den Blick genommen. Dieses Vorhaben soll im Rahmen des TEN (Trans-European Network)-Konzepts zur Vereinheitlichung der Verkehrssysteme für einen ungehinderten, grenzenlosen Warenverkehr verwirklicht werden. Bis 2050 sind dafür 500 Milliarden(!) Euro geplant.⁽¹⁾ Für die Panzertauglichkeit auf den Verkehrswegen wird es wohl ziemlich mehr sein müssen.

PESCO – eine jährliche Steigerung der Klimakrise (Pesco: Permanent Structured Cooperation, deutsch: Ständige Strukturierte Zusammenarbeit, kurz SSZ). Im Dezember 2017 verpflichtete sich Österreich mit 22 anderen EU-Staaten, die Rüstungsausgaben des Vorjahres jedes Jahr zu steigern und folgte somit dem Prinzip Rüstungswachstum. Das für unsere Zukunft im Hinblick auf das Klima ruinöse „Wirtschaftswachstum“ ist gewis-

sermaßen Vorbild. Dänemark, Großbritannien und Malta haben sich für die Nichtmitgliedschaft bei PESCO entschieden. Der Ehrgeiz des "neutralen" Österreichs ist in dieser Hinsicht beschämend.

Uranabbau. Abgesehen von den tödlichen und gesundheitsschädigenden Folgen von Atomtests, den Atombomben über Hiroshima und Nagasaki, von Atomunfällen und radioaktiven Kontaminationen durch Waffen mit abgereichertem Uran (Depleted Uranium), ist schon der Abbau von Uran ein Verbrechen. Er produziert Krebserkrankungen und für tausende Jahre kontaminierte Landstriche. Bei einem Urangehalt von 0,1 Prozent bleiben pro geförderte Tonne 999,9 Kilo Abfall zurück.⁽²⁾

Beispiel einer Militär-Weltgroßmacht für rücksichtslose CO2 Emissionen. Das US-Militär verbraucht täglich 48 Millionen Liter Kerosin.⁽³⁾ Um diese Tagesmenge CO2 zu speichern, braucht es 44.400 ha Wald, das ist vergleichsweise ein Neuntel der österreichischen Waldfläche.⁽⁴⁾ Multipliziert man die täglichen CO2-Emissionen mit der Anzahl der Jahrestage (die Speicherung der CO2-Emissionen in Wäldern werden in Jahresmengen gemessen), müsste die nötige Aufforstung unermessliche Ausmaße annehmen, um diese riesigen Mengen von CO2 zu kompensieren. Zudem brauchen gepflanzte Bäumchen mindestens zwanzig Jahre um als Wald zu gelten.

Der Weg in eine friedliche und lebenswerte Zukunft geht über die Reduzierung von Rüstung zur Konversion ziviler Produktion und über die Abkehr vom militärischen Denken zu konstruktiver ziviler Konfliktlösung.

Ulrike Koushan ist Friedens- und Umweltaktivistin in Salzburg

(1) <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7530/> und [7444/](https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7444/)

(2) URANAtlas 2019, S.10

(3) Süddeutsche Zeitung 22.08.2019

(4) www.bmnt.gv.at Klimaschützer Wald

betrifft frieden möchte auch im kommenden Jahr dem Thema Sicherheitspolitik und Klimawandel Raum geben. Redaktion betrifft frieden

HIROSHIMA- UND NAGASAKIGEDENKEN

Alljährlich organisiert die Wiener Friedensbewegung mit Anderen an verschiedenen Tagen das Gedenken an die Atombombenabwürfe 1945 über Hiroshima und Nagasaki. Am 6.8.2019 Wiener Stephansplatz zusammen mit dem Rotes Kreuz, dem Internationalen Versöhnungsbund, ICAN, OMEGA/IPPNW und dem ÖFR. Statements vor Ort u.a von Klaus Reinoldner, OMEGA/IPPNW, Lucia Hämmerle, IVB und Anja Oberkofler, Vizepräsidentin Rotes Kreuz betonten die Notwendigkeit, dass die Staaten das von der UNO schon beschlossene Atomwaffenverbot unterschreiben und ratifizieren.

Bundespräsident Alexander Van der Bellen in seiner Grußbotschaft: „Ihre Gedenkveranstaltung ist mehr als traditionelle Erinnerung ..., sondern ein Aufruf für eine friedlichere Welt ohne Atomwaffen, ohne Krieg und gegenseitige Vernichtung.“ Bundeskanzlerin Brigitte Bierlein bekräftigte in ihrer Botschaft: „ Als traditioneller Brückenbauer ... werden wir uns international mit Nachdruck für diplomatische Lösungen, für die nukleare Abrüstung sowie gegen Kernkraft einsetzen.“ Das Strahlenschutzteam des Roten Kreuzes führte „Pseudomessungen“ durch, um darüber aufzuklären, dass bei einer Atomwaffenexplosion keine Hilfe mehr möglich ist. Ein Laternenzug zum Teich vor der Karlskirche beendete die Veranstaltung.

Am 9.8.2019 wurde bei der Friedenspagode in Wien mit der Buddhistischen Kirche gedacht, am 10.8.2019 in der Fußgängerzone in Melk.

BUNDESHEERLEISTUNGSSCHAU – HEUER MEHR PROTEST

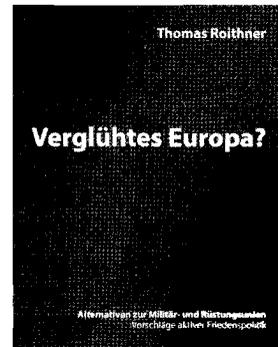
Am 26.10. 2019 fanden sich gleich mehrere Gruppierungen an verschiedenen Orten in der Wiener Innenstadt rund um die Bundesheerschau zum Protest gegen Krieg, Aufrüstung und für die Beibehaltung der Österreichischen Neutralität ein. Die Solidarwerkstatt Linz/Wien, die Gewerkschaftler/innen gegen Atomenergie und Krieg und das neugegründete Aktionsbündnis für Frieden, aktive Neutralität und Gewaltfreiheit (AbFaNG) hatten Informationsstände angemeldet. Auch die Wiener Friedensbewegung verteilte Informationsflugblätter. Alle Gruppierungen

sehen die Forderungen nach mehr finanziellen Mittel für das Bundesheer sehr kritisch und verlangen eine Diskussion über Sinn und künftige Aufgaben des Militärs. Einen wesentlichen Fokus setzen die Friedensgruppen auf mehr Ressourcen für zivile Konfliktlösungen und einen gleichrangigen Zivilen Friedensdienst.

BUCHBESPRECHUNG

VERGLÜHTES EUROPA?, Alternativen zur Militär- und Rüstungsunion

Thomas Roithner, 2019, 357 Seiten Verlag: myMorawa, ISBN: 978-3-99093-337-4 (Paperback, auch als Hardcover und e-Book erhältlich)



Thomas Roithner, Friedensforscher und Privatdozent, widmet dieses Buch dem leider schon verstorbenen Gründer des ÖSFK (Schlaininger Friedenszentrum) Gerald Mader. Roithner zeigt umfassend gegenwärtige und künftig zu erwartende Trends in der Sicherheitspolitik, besonders in der EU, auf und spart nicht mit Kritik an offensichtlichen Irrwegen einer permanenten Aufrüstung und Interventionsbereitschaft.

Mit dem Ausscheiden Großbritanniens aus der EU und der unberechenbaren US-Außenpolitik der Trump-Administration erlebt die EU einen Militarisierungsschub, um auch zu den großen weltpolitischen Playern aufsteigen zu können. Das Verhältnis NATO-Russland, neue Akteure wie China, Atomwaffenrüstung nach den Vertragsbrüchen im Abrüstungsbereich, Kriege und Fluchtbewegungen, sind einige Problemfelder. Falsche Antworten und Schlüsse, wie in der Vergangenheit, lösen sie nicht. Es wäre kein Roithner-Buch, wenn nicht alternative Wege ziviler Konfliktlösung und gegenteiliger Maßnahmen aufgezeigt werden. Wie richtig formulierte schon Gerald Mader: „Eine echte Friedensunion sieht anders aus als die heutige EU.“ Der Widerspruch zwischen ‚keine Kriege in Europa‘ und ‚notwendig und gerechtfertigt erklärte Kriege‘ (Anm.: außerhalb der EU) ist für Mader nur „zur Hälfte ein Friedensprojekt.“

DIE COMPREHENSIVE NUCLEAR TEST-BAN TREATY ORGANISATION EIN WELTWEITES VERBOT VON ATOMTESTS AUS NAMIBISCHER SICHT

von Norton Titus

1996 wurde von vielen Nationen der Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBT) abgeschlossen. Unmittelbar danach sanken die nuklearen Explosionen fast auf Null. Nur Pakistan, Indien und Nordkorea führten in den letzten zwanzig Jahren atomare Explosionen zu Testzwecken durch. Seit der Unterzeichnung des Vertrags wurden genau zehn nukleare Explosionen verzeichnet. In der Zeit vor 1996 waren es mehr als zweitausend.

Heute haben 184 Staaten den CTBT unterzeichnet, 168 davon haben ihn auch ratifiziert. Der Vertrag tritt allerdings erst in Kraft, wenn ihn alle 44 in Anhang 2 des Vertrags aufgeführten Nationen unterzeichnet und ratifiziert haben. Diese 44 Länder sind jene, die vor der Unterzeichnung des Vertrags 1996 über gewisse nukleare Kapazitäten verfügten. Namibia gehört nicht dazu, fordert jedoch die sog. Annex 2-Staaten auf, den Vertrag zu unterzeichnen und zu ratifizieren, um dadurch ein rasches Inkrafttreten des CTBT zu ermöglichen.

Diese Bemühungen müssen weitergehen, und es braucht sogar einen noch stärkeren Impuls, um dieses Ziel zu erreichen. Eigentlich sind nur mehr acht Staaten von den 44 übrig. Die Demokratische Volksrepublik Korea, Indien und Pakistan müssen den Vertrag noch sowohl unterzeichnen als auch ratifizieren. China, USA, Iran, Israel und Ägypten haben den Vertrag schon unterzeichnet, aber noch nicht ratifiziert.

Die CTBTO ist die einzige Organisation in der Welt, die nukleare Explosionen überwacht. Mein Heimatland, Namibia, als viertgrößter Exporteur von Kernmaterial, war daher schon sehr früh in CTBTO-Angelegenheiten involviert. Namibia fordert, dass das gesamte Nuklearmaterial der Welt für friedliche und nicht explosive Zwecke verwendet wird. Für Namibia bietet die Mitgliedschaft in der CTBTO ein hohes Maß an Sicherheit für die Einhaltung dieser Forderung. Natürlich können wir nicht mit Sicherheit sagen, dass unser Kernmaterial seinen Weg nicht in

eine Atomwaffe gefunden hat. Namibia als Hauptlieferant von nuklearem Ausgangsmaterial ist jedoch entschlossen, ein verantwortungsbewusster globaler Bürger und eine wichtige Stimme und ein Verbündeter für globale Sicherheit und für Frieden zu sein.

„Comprehensive Nuclear Test-Ban Treaty Organisation“ steht für die Organisation, die für den Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBT) zuständig ist. Sie ist vorwiegend eine technische und wissenschaftliche Institution, die wissenschaftlichen Methoden und Techniken zur Überwachung der Einhaltung des Vertrags und zur Vorbereitung seines Inkrafttretens einsetzt.

Die CTBTO hat ihren Sitz in Wien und wird von einem vorbereitenden technischen Sekretariat geleitet (PTS), das Anweisungen von der Vorbereitungskommission (PrepComm) erhält. Alle Länder, die den Vertrag unterzeichnet haben, sind Mitglieder dieser PrepComm. Das Gremium genehmigt Empfehlungen aus zwei Gruppen: Working Group A (WGA) und Working Group B (WGB). Die WBA prüft und empfiehlt das Budget und die Verwaltungsstruktur des PTS zur Beschlussfassung. Die WGB ist ein technisches Beratungsgremium, das die technischen Aspekte des Vertrags überprüft. Namibia hat in den letzten drei Jahren an der Arbeit des WGB teilgenommen.

Das Preparatory Technical Secretariat (PTS) nimmt mit Unterstützung der Unterzeichnerstaaten zwei Funktionen wahr. Die erste ist die Förderung des CTBT, seines raschen Inkrafttretens und die diesbezügliche Interaktion mit Staaten zwecks Unterzeichnung und Ratifizierung. Seine zweite Funktion ist die Vorbereitung des Überprüfungssystems für den Fall, dass der Vertrag in Kraft tritt.

Das Überprüfungssystem (verification regime) basiert auf vier Säulen. Die erste Säule besteht in einem internationalen Überwachungssystem (IMS). Bisher wurden bereits mehr als eine Milliarde US-Dollar in das IMS-Netzwerk investiert. Es besteht aus

ATOMTESTSTOPP

mehr als 280 Stationen auf der ganzen Welt (insgesamt sollen es später 321 sein). Namibia verfügt über eine Infraschallstation (I35NA) und eine seismische Hilfsstation (AS067) 16 km nordwestlich von Tsumeb. Namibia ist damit Teil des IMS-Stationsnetzes. Zur Überwachung von Kernexplosionen werden vier Technologien eingesetzt. Die verbreitetste davon nutzt seismische Wellen zur Erkennung von unterirdischen Kernexplosionen. Darüber hinaus gibt es Infraschallstationen, um nukleare Explosionen in der Luft oder in der Atmosphäre aufzuspüren. Schließlich existieren hydroakustische Einrichtungen, um atomare Explosionen in den Weltmeeren aufzuspüren, und schließlich gibt es noch Radionuklid- und Radio-Xenon-Stationen, die radioaktive Partikel und Edelgase registrieren, die bei einer nuklearen Explosion entstehen und in die Luft gelangen.

Der zweite Pfeiler – Konsultation und Klärung. Das bezieht sich darauf, dass jede Nation Verdacht schöpfen kann, eine andere Nation habe eine nukleare Explosion durchgeführt, und diesbezüglich einen Antrag auf Klärung stellen kann. Dadurch wird zwischen den Mitgliedstaaten ein Konsultationsprozess eingeleitet um festzustellen, ob tatsächlich eine nukleare Explosion durchgeführt wurde. Jede Nation hat das Recht, ihre Erkenntnisse zu präsentieren, bevor eine Inspektion vor Ort eingeleitet wird.

Die dritte Säule besteht in einem internationalen Datenzentrum, wo Messdaten das ganze Jahr hindurch, täglich, aufgezeichnet und an das Zentrum in Wien gemeldet werden. Gleichzeitig werden z. B. die Daten aus Namibia auch an das nationale Datenzentrum in Windhoek gesendet. Namibia muss eine Datenverfügbarkeit von 98% aufrechterhalten, das heißt, die Station in Tsumeb darf maximal 52 Stunden pro Jahr offline geschaltet werden. Am IDC in Wien werden die Daten überprüft und analysiert, um allfällige nukleare Explosionen zu identifizieren. Andere Ereignisse, die vom Meßsystem aufgezeichnet werden, sind für das CTBTO irrelevant, auch wenn bereits zivile und wissenschaftliche Anwendungen für die Daten gefunden worden sind, die vom IMS erfasst und von den nationalen Rechenzentren und Universitäten analysiert werden. Namibia leistet einen vollen Beitrag zum IDC, indem es seine Daten stets ungehindert weitergibt. Alle zwei Jahre treffen sich in Wien mehr als tausend Wissenschaftler, Ingenieure und Politiker zur CTBT Science and Tech-

nology Conference, wo sie Informationen, Ideen, neue Konzepte und neueste Entwicklungen im CTBT-Vertrag austauschen können.

Die vierte Säule sind die Inspektionen vor Ort (OSI). Im Falle einer mutmaßlichen nuklearen Explosion sorgt CTBTO für eine Inspektion vor Ort. Das bedeutet, dass eine ausgewählte Gruppe von speziell ausgebildeten Experten ein Land besucht, um Beweise dafür zu sammeln, ob eine Kernexplosion durchgeführt wurde. IMS und IDC können natürlich erste Ergebnisse von angeblichen nuklearen Explosion präsentieren, aber ohne Beweise, die vom tatsächlichen Standort gesammelt und der globalen Gemeinschaft präsentiert werden, hat das noch wenig Bedeutung.

Die Resultate einer Vor-Ort-Inspektion werden vom IDC allen CTBT-Mitgliedstaaten vorgelegt. Es ist dann eine Entscheidung der politischen Ebene festzustellen, ob es sich um eine Atomexplosion gehandelt hat oder nicht. Die Entscheidung wird dann an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen weitergeleitet, der allenfalls weitere Maßnahmen beschließen kann.

Es ist vorgesehen, dass weltweit etwa 400 Fachleute geschult werden, um Inspektionen vor Ort durchzuführen. Derzeit gibt es 50 ausgebildete Inspektoren und 80, die sich in Ausbildung befinden. Es dauert ungefähr fünf Jahre, um neue Inspektoren auszubilden. Die Schwierigkeit, mit der Namibia jetzt konfrontiert ist, ist die zeitgerechte Rekrutierung von genügend jungen Leuten, die an den CTBTO-Agenden teilnehmen können. Dies dauert Jahre und erfordert viel Geld.

Auf der ganzen Welt gibt es eine kleine Gruppe von Menschen, die ihr Leben einem Verbot von Atomtests widmen. Dies sind nicht nur die Leute, die direkt für die CTBTO arbeiten, sondern die globalen Aktivistinnen und Aktivisten, die die Grundsätze und die Ideale des Vertrags unterstützen. Im Kern geht es darum, die Entwicklung, Produktion und Verbreitung von Atomwaffen zu stoppen.

Als einer der führenden Anbieter von Kernmaterial ist Namibia entschlossen, sein Engagement in der CTBTO weiterzuführen und seine Unterstützung weltweit zu manifestieren. Es geht darum, ausrei-

ATOMTESTSTOPP

chend Kernenergie zur Verfügung zu haben und damit zur Verbesserung der Lebensqualität der Menschen und Verbesserung des globalen Friedens und der Sicherheit beizutragen. Namibia ist entschlossen sicherzustellen, dass sein Uran keinen Weg in den Einsatz von Kernwaffen findet. Die Unterstützung des CTBT ist ein Mittel, um dieses Ziel zu erreichen. Als ein Hauptlieferant von Uran haben wir eine noch größere Verantwortung dafür zu tragen, dass die Welt sicherer wird für uns und, noch wichtiger, für zukünftige Generationen. Unser Engagement und un-

sere Aktivitäten zur Förderung des globalen Friedens und globaler Sicherheit, unsere Fähigkeit, dadurch Geopolitik zu beeinflussen, sollten nicht unterschätzt werden.

Norton Titus ist Geologe und Vorsitzender der National Commission on Research, Science and Technology (NCRST) in Windhoek, Namibia. Der Beitrag wurde aus dem Englischen übersetzt und leicht gekürzt.

Verschiedene Meßmöglichkeiten im weltweiten Netz der CTBTO

Bildquelle: CTBTO Public Informations Abteilung



Rata peaks, NZ



British Indian Ocean Territory



Antarctica, USA



+ 40 noble gas
+ ATM

MENSCHENBEBEN FÜR EINE HUMANE ZUKUNFT Die Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen in Salzburg

von Hans Holzinger

Robert Jungk war eine Galionsfigur der Anti-Atom- und Friedensbewegung. Seine Bücher „Die Zukunft hat schon begonnen“, „Heller als tausend Sonnen“ und „Strahlen aus der Asche“ sind frühe Warnungen vor dem Irrsinn des atomaren Wettrüstens. Gemeinsam mit Günter Anders hat Jungk die „Kampf dem Atomtod“-Bewegung mitbegründet, zudem war er in der internationalen Pugwash-Bewegung von WissenschaftlerInnen gegen das atomare Wettrüsten aktiv. Auch in den Protesten gegen die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in Europa in den 1980er-Jahren war Jungk an vorderster Stelle mit dabei, etwa bei gewaltfreien Blockaden in Mutlangen, einem der Stationierungsorte. Eindrucksvoll porträtiert hat Jungk diese neue Friedensbewegung in dem Buch „Menschenbeben. Der Aufstand gegen das Unerträgliche“.

Acht Jahre vor seinem Tod, im Jahr 1986, wurde in Salzburg zu Jungks Ehren die „Bibliothek für Zukunftsfragen“ eröffnet mit dem Ziel, einen Ort der Dokumentation und des Austausches über Zukunftswissen zu schaffen. Der Anstoß kam vom Land Salzburg. Im selben Jahr wurde übrigens mit Unterstützung der Stadt Salzburg das Friedensbüro Salzburg gegründet. Heute werden beide Einrichtungen von Land und Stadt Salzburg gefördert. Während sich das Friedensbüro insbesondere friedenspädagogischen Themen und Fragen der Friedenspolitik annimmt, widmet sich die Robert-Jungk-Bibliothek

generell Zukunftsfragen - von einem anderen Wirtschaften über die ökologische Umsteuerung bis hin zum Umgang mit neuen Technologien, aktuell etwa im Bereich Künstliche Intelligenz. Mindestens einmal im Jahr, anlässlich des Weltfriedenstag, gibt es eine gemeinsame Veranstaltung beider Einrichtungen.

Ein Ort des Dialoges über die Zukunft

Die Zukunft ist offen und wir können nicht im Detail sagen, wie sie sein wird. Möglich ist jedoch, Trends zu erfassen, Szenarien zu entwerfen und mögliche Gefahren wie Chancen neuer Entwicklungen zu diskutieren. Das sozialwissenschaftlich orientierte Team der JBZ arbeitet in diesem Sinne. Wir reflektieren Auswirkungen von Wirtschaftsstrukturen auf die Menschen und die Umwelt, stellen Fragen nach den Bedingungen für Wandel bzw. kollektives Lernen, erörtern die Rolle von Demokratie, Parteien und Zivilgesellschaft sowie den Umgang mit Technik. Neue Ansätze wie plurale Ökonomie oder Postwachstum kommen ebenso zur Sprache wie die Möglichkeiten und Grenzen politischer Steuerung in komplexen Gesellschaften. Die Überzeugung dabei: Probleme können nicht mit jenen Mitteln gelöst werden, die sie verursachen. Das globale Auseinanderdriften von Arm und Reich, die Externalisierung der Schäden im gegenwärtigen Konsumkapitalismus sowie die Vergeudung von Ressourcen durch immer weiter stei-



Sitzblockade in den 80er Jahren



Ostermarsch

gende Rüstungsausgaben machen die Welt weder friedlicher noch sicherer. Ähnlich der Bewegung von „Fridays for Future“ braucht es daher erneut – ganz im Sinne Robert Jungks – „Menschenbeben“ gegen Rüstungswettläufe und militärische Muskelspiele sowie für Menschenrechte und die gewaltfreie Einhegung von Konflikten durch Beseitigung deren ökonomischen und sozialen Ursachen.

Die Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen (JBZ) versteht sich als Einrichtung einer kritischen und kreativen Zukunftsforschung. Nach der Stiftungserklärung Robert Jungks ist es ihr Auftrag „mögliche, wahrscheinliche, gewünschte oder unerwünschte Zukünfte“ in den Blick zu nehmen und der interessierten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die Bibliothek umfasst mittlerweile über 16.000 Bände und ist die größte Spezialsammlung zukunftsbezogener Literatur in Österreich. In der Zeitschrift „pro Zukunft“ werden regelmäßig neue Publikationen aus unterschiedlichen Fachbereichen vorgestellt, in Studien Zukunftstrends beschrieben. Insbesondere gilt die JBZ als Ort des Dialogs über

die Zukunft. In Diskussionsrunden („Montagsrunden“), Zukunftswerkstätten und Projektpräsentationen werden Ansätze des Wandels thematisiert. Zu regelmäßigen Partnern gehören die Universität Salzburg ebenso wie Einrichtungen der Zivilgesellschaft. Interessierte können sich über den kostenlosen Newsletter über Veranstaltungen und Aktivitäten informieren.

Hans Holzinger ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und pädagogischer Leiter der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen in Salzburg.

Informationen und Kontakt

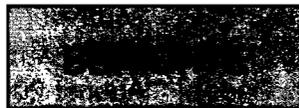
hans.holzinger@jungk-bibliothek.org

Infos: www.jungk-bibliothek.org

Magazin: www.prozukunft.org

Newsletter: www.jungk-bibliothek.org/newsletter/

Bilder: Robert Jungk-Bibliothek, Archiv



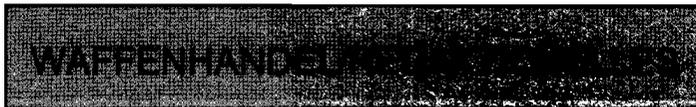
POC19Vienna – Schutz der Zivilbevölkerung

Am 1./2. Oktober 2019 war Wien Schauplatz einer „Internationalen Konferenz zum Schutz der Zivilbevölkerung in der städtischen Kriegsführung.“ Personen aus 133 Ländern und von zivilgesellschaftlichen Organisationen diskutierten technische, rechtliche und militärische Aspekte der Kriegsführung in urbanen Regionen. Zahlreiche aufwühlende Beispiele dieser Kriegsgräuere veranschaulichten den dringenden Handlungsbedarf der internationalen Gemeinschaft.

In den aktuellen kriegerischen Konflikten kommt es vermehrt zu Bombardierungen und Sprengmitteleinsätzen in dicht bewohnten Stadtgebieten, besonders gegen wichtige zivile Ziele, wie Krankenhäuser, Energieeinrichtungen, Schulen oder Versorgungslager. Dies bedeutet nicht nur eine hohe Anzahl ziviler

Opfer (bis zu 90 %), sondern bedingt auch Fluchtbewegungen und wesentliche Behinderungen von Rückkehrmöglichkeiten nach Ende der Kämpfe, weil die Infrastruktur zerstört ist.

Ziel dieser Konferenz war es, möglichst viele Staaten für eine politische Erklärung gegen diese Art der Kriegsführung im Frühjahr 2020 in Dublin zu überzeugen. Am 24.10.2019 haben im Ersten Ausschuss der Generalversammlung der VN 71 Staaten eine Erklärung Irlands gegen die Auswirkungen von Sprengwaffen zugestimmt und damit den Prozess für eine politische Erklärung 2020 unterstützt. Österreich ist es ein besonderes Anliegen, zusammen mit einigen anderen Staaten, die Einhaltung und Verbesserung kriegsvölkerrechtlicher Bestimmungen zu erreichen.



DER WAFFENHANDELSVERTRAG (ARMS TRADE TREATY ATT)

von Martin Krüger

Durch die keinen internationalen Regeln unterworfenen und weite Verbreitung konventioneller Waffen kommen weltweit jährlich hunderttausende Menschen zu Tode oder zu Schaden. Interne und internationale Konflikte werden durch den Einsatz konventioneller Waffen ermöglicht, verschärft und verlängert und damit die internationale Sicherheitslage beeinträchtigt.

Die vorgenannten Umstände führen zu einer mit unter massiven Beeinträchtigung menschlicher Sicherheit und wirtschaftlicher Entwicklung. Durch das Fehlen internationaler Exportkontrollstandards für konventionelle Waffen werden die genannten Tendenzen gefördert. Daher hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen am 2. April 2013 mit überwältigender Mehrheit den Text des Waffenhandelsvertrages (ATT) angenommen, der erstmals Regeln für den internationalen Handel mit konventionellen Waffen aufstellt.

Der Vertrag ist nach dem Erreichen von 50 Ratifikationen am 24. Dezember 2014 in Kraft getreten. Derzeit haben 105 Staaten (Stand Oktober 2019) den Vertrag ratifiziert bzw. sind ihm beigetreten. Bedauerlich ist, dass die USA 2019 erklärt haben, sich an die unter Präsident Obama abgegebene Unterschrift unter den Vertragstext nicht mehr gebunden zu fühlen und an keinen weiteren ATT-Tagungen teilzunehmen. China, Russland und die arabischen Staaten (mit Ausnahme des Libanon) sind dem Vertrag bis dato nicht beigetreten.

Österreich hat den Prozess zur Aushandlung des ATT nachdrücklich unterstützt und zu den ersten Staaten gezählt, die den Vertrag ratifiziert haben (Hinterlegung der Ratifikationsurkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen am 3. Juni 2014). Österreich verfolgt damit sein traditionelles Engagement in den Bereichen Abrüstung, Rüstungskontrolle und Stärkung des humanitären Völkerrechts. Österreich hat sich gemeinsam mit seinen EU-Partnern sowie anderen Staaten und Nichtregierungsorganisationen, die den Anstoß für die Ausarbeitung des Vertrages gegeben haben, für einen Vertrag eingesetzt, der hohe Standards enthält.

Art. 6 und 7 ATT bilden den politischen und rechtlichen Kern des Vertrages, indem sie Versagungsgründe und Bewertungskriterien festlegen. Artikel 11 ergänzt die genannten Bestimmungen um den Tatbestand der Umleitungsgefahr. Art. 6 wiederholt im Wesentlichen bereits bestehende völkerrechtliche Verbote zum Transfer von Waffen, wie z.B. im Falle von Waffenembargos, die von den Vereinten Nationen verhängt wurden, oder wenn die zu transferierenden Waffen zu Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht (z.B. Völkermord) eingesetzt werden würden. Art. 7 enthält einen Katalog von Kriterien, die vor der Erteilung einer Ausfuhrgenehmigung zu prüfen sind und bei deren Vorliegen eine Versagung der Ausfuhrgenehmigung erfolgen sollte. Zu den Prüfkriterien zählen u.a. die Wahrung von Frieden und Sicherheit, Einhaltung der internationalen Menschenrechtsstandards, oder geschlechtsspezifische Gewalt. Der Interpretation und Anwendung dieses Artikels wird für die Effektivität des Waffenhandelsvertrages und die Entwicklung einer entsprechenden Staatenpraxis besondere Bedeutung zukommen.

Die 5. Vertragsstaatenkonferenz fand vom 25. – 30. August 2019 am Sitz des ATT Sekretariats in Genf statt. Der lettische Vorsitz wählte als Schwerpunkt- und Eröffnungsthema der Konferenz die gender Problematik, wobei sowohl die Frage der Anwendung des Kriteriums gender based violence (Art 7 Abs. 4 ATT) bei der Beurteilung von Exportanträgen als auch die ausgewogene Teilnahme von Frauen und Männern an Konferenzen und in der Transferkontrolle behandelt wurden.

Als weiteres Schwerpunktthema kristallisierte sich die Frage der Verhinderung von unerwünschter Umlenkung von Verteidigungsgütern heraus, wobei im Gegensatz zu bisherigen ATT-Konferenzen die Industrie mit zahlreichen TeilnehmerInnen vertreten war. Zahlreiche side events widmeten sich dem Thema der Rolle der Industrie bei der Umsetzung des ATT. In einem side event, der von Österreich moderiert wurde, informierten NGO-VertreterInnen über anhängige Rechtsverfahren gegen genehmigte Waffenausfuhren in UK, Kanada, Belgien und Italien. Behandelt wurde angesichts der mangelnde Zah-

lungsmoral von in Summe derzeit 22 Vertragsstaaten auch die Frage der Sicherstellung der Finanzierung der Vertragsstaatenkonferenzen und des ATT-Sekretariats. Die Leiter der Arbeitsgruppen zu den Themen Anwendung des Vertrages, Berichterstattung und Universalisierung berichteten über die Ergebnisse ihrer Arbeit.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass der ATT einen wesentlichen Schritt zur Regulierung des internationalen Handels mit konventionellen Waffen darstellt, indem internationale Normen geschaffen wurden und sich eine Staatenpraxis entwickelt. Langfristiges Ziel wird es sein, menschliches Leid, das durch den Einsatz konventioneller Waffen verursacht wird, nachhaltig zu reduzieren. Der Zivilgesellschaft, die schon bisher maßgeblich an der Ausgestaltung und Umsetzung des Vertrages beteiligt war, wird auch weiterhin große Bedeutung in den Bereichen politisches Lobbying, Transparenz und Ideengeber zukommen.

Mag. Martin Krüger
Gesandter
Leiter Referat III.8 c
Exportkontrolle, Truppenaufenthalt
& Militärische Überflüge

Bundesministerium für Europa,
Integration und Äußeres

Zeitschriftenempfehlung

KRITISCHES CHRISTENTUM
Beiträge zu Kirche und Gesellschaft



Erscheint 5mal jährlich.
Jahresabo: 18 €,
Kostenlose Probeexemplare bei:
„Kritisches Christentum“, Große Schiffgasse
32/11, 1020 Wien.
Oder per e-mail: akc@aon.at
Internet: www.akc.at

ABONNEMENT BETRIFFT FRIEDEN:

Abonnenten und Neuabonnenten ersuchen wir zwecks ABO – Registrierung in unserer Adressdatei um Mitteilung unter pax.vienna@chello.at oder ÖFR, Rosensteingasse 69/6, 1170 Wien. Adressänderungen bitte ebenfalls dort bekanntgeben.

Jahresbezug betrifft Frieden (4 Ausgaben)
Euro 16.– (erm. Euro 10.– nach Rücksprache).
Mitgliedsbeitrag ÖFR inkl. Zeitung Euro 24.–
(erm. Euro 15.–).

Spenden werden gerne entgegengenommen.
BV: BKAUATWW ÖFR Kennwort Zeitung
IBAN AT15 1100 0002 6371 8900

WEIHNACHTSFEIER IN DER SADOCC

Eine Weihnachtsfeier der anderen Art veranstaltet das Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika (SADOCC). Mit Musik aus dem Südlichen Afrika, afrikanisch angehauchten kulinarischen Spezialitäten und einer Tombola. Großzügige Spenden kommen dem Kinderschutzzentrum IKAGENG in Soweto/Johannesburg zugute.

Samstag, 30. November 2019, 16-21 Uhr, SADOCC-Bibliothek, Favoritenstraße 38/Stiege 18/Tür 1, 1040 Wien (13A, U1)

TERMINE

Friedensinitiative 22

Donaucitykirche, Donaucitystraße 2, 1220 Wien, Pfarrzentrum (U1 Kaisermühlen/VIC)

Di. 10. Dezember 2019, 19 Uhr, NO MORE WAR – Immer wieder! Friedenstexte und Friedenslieder antiquarisch und aktuell, Ernst Toman (FI 22)

Di. 14. Jänner 2020, 19 Uhr, NEIN ZUM KRIEG! Abrüsten statt Aufrüsten! Atomwaffen verbieten! Eindrücke vom Friedensratschlag Kassel. Elke Renner (ÖFR), Manfred Sauer (betrifft frieden)

Di. 11. Februar 2020, 19 Uhr, KLIMAWANDEL – AUSWIRKUNGEN UND GEGENWIRKUNGEN. Jasmin Duregger /Greenpeace)

Di. 17. März 2020, 19 Uhr, LATEINAMERIKA ZWISCHEN REVOLUTION UND REAKTION. Dr. Leo Gabriel, Anthropologe und Journalist

Di. 14. April 2020, 19 Uhr, DASS DIE WELT NICHT VERGISST - Donaustädter Frauen über den Weltkrieg. Texte, Briefe und Lieder, Ernst Toman (FI 22)

Di. 12. Mai 2020, 19 Uhr, ENDLICH FRIEDEN! Das Kriegsende und die Befreiung. Dr. Winfried Garscha (DÖW)

Impressum:

MedieninhaberIn, HerausgeberIn, VerlegerIn: Verein „Unterstützungsausschuss zur Förderung der Österreichischen Friedensbewegung“. ZVR-Zahl 223988557
alle: 1170 Wien, Rosensteingasse 69/6
Gestaltung dieser Ausgabe: Hans Holzinger, Ulrike Koushan, Martin Krüger, Erwin Lanc, Manfred Sauer, Norton Titus
Layout: Lucia Hämmerle
Druck: Resch Druck, 1150 Wien

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz, EigentümerIn zu 100% Verein „Unterstützungsausschuss zur Förderung der Österreichischen Friedensbewegung“.
Blattlinie: Die Zeitung ist Organ des oben genannten Vereines. Sie tritt in ihren Artikeln für Frieden, Abrüstung, Völkerverständigung und soziale Gerechtigkeit ein.
Diese Zeitschrift ist eine Plattform für den Dialog zu aktuellen Fragen der Friedenspolitik.

**Kostenbeiträge: Österreichischer Friedensrat
ÖFR, UniCredit/Bank Austria BIC: BKAUATWW
IBAN: AT15 1100 0002 6371 8900**

SADOCC-Forum

Favoritenstraße 38/Stiege 18/1, 1040 Wien (13A, U1)

Do. 21. November 2019, 19 Uhr, Souveränitätsverlust: CITES – Tierschutz NGOs und das Südliche Afrika. Dr. Max Abensperg-Traun (BM LFUW)

Do. 19. Dezember 2019, 19 Uhr, Studentenproteste in Südafrika. Prof. Antje Daniel (Univ. Wien)

Sa. 30. November 2019, 16-21 Uhr, Eine Weihnachtsfeier der anderen Art veranstaltet das Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika (SADOCC). Mit Musik aus dem Südlichen Afrika, afrikanisch angehauchten kulinarischen Spezialitäten und einer Tombola. Großzügige Spenden kommen dem Kinderschutzzentrum IKAGENG in Soweto/Johannesburg zugute.

Do. 20. Februar 2020, 19 Uhr, Housing in Zambia. Carl-Philipp Bodenstein (Univ. Wien)

Die Termine im Jänner und März 2020 waren bei Redaktionsschluss noch in Planung. Informationen auf der Homepage www.sadoc.at vor den Terminen.

**betrifft frieden Jahresbezug (4 Ausgaben) Euro 16.-- (ermäßigt nach Rücksprache) Euro 10.--
ÖFR-MB Euro 24.-- (erm. 15.--)
ÖFR, IBAN: AT15 1100 0002 6371 8900
BIC: BKAUATWW Kennwort: Zeitung
DANKE FÜR IHREN FINANZIELLEN BEITRAG
Mitteilungen an ÖFR, Rosensteingasse 69/6, 1170 Wien,
pax.vienna@chello.at
Bitte teilen Sie uns Adressänderungen mit.**

BETRIFFT FRIEDEN Nr. 4/2019 P.b.b. 11Z039021M 1170 Wien

Unzustellbare Exemplare bitte an:
Wiener Friedensbüro, 1050 Wien,
Reinprechtsdorfer Str. 6/2